

Wirtschaftspolitik in Zeiten ökonomischer Stagnation

„Politik sollte Wandel nicht

BZ-INTERVIEW: Die Ökonomen Oliver Landmann und Lars Feld halten nichts von der milliardenschweren staatlichen Förderung einzelner Industriezweige. Sie warnen auch vor einer populistischen Rentenpolitik. Einen Absturz der deutschen Wirtschaft sehen die Wissenschaftler nicht.

Von Barbara Schmidt und Bernd Kramer

Die deutsche Wirtschaft steht mitten im Strukturwandel. Von was werden diese Veränderungen getrieben? Wie kommt man am besten mit der neuen Situation zurecht? Wie geht man vernünftig mit dem demographischen Wandel um?

BZ: Der südbadische Badausstatter Duravit investiert 60 Millionen Euro in Kanada. Er bekommt ein Drittel der Investitionskosten als Subventionen vom kanadischen Staat zurück. Zudem bekommt er klimafreundlichen Wasserkraft-Strom für die energieintensive Herstellung der Keramik-WCs. Ist das die neue ökonomische Realität? Zukunftsinvestitionen in Kanada, USA oder Asien, während die industrielle Basis in Deutschland verschwindet?

Feld: Das internationale Umfeld für die Wirtschaft hat sich aufgrund geostrategischer Entwicklungen verändert. Die Globalisierung, damit meine ich die immer stärkere weltweite Arbeitsteilung, ist ins Stocken geraten. Der Westen reibt sich politisch stärker mit China. Dies ist die wichtigste Triebfeder des Wandels, weniger der Krieg in der Ukraine. Und es hat Auswirkungen auf die Wirtschaftspolitik: Investitionen sollen demnach vor allem vor der eigenen Haustür getätigt werden. Entsprechend gehen die ausländischen Direktinvestitionen in China zurück. Gleichzeitig fördern westliche Regierungen im Gegensatz zu den vergangenen Jahrzehnten wieder massiv Industrieansiedlungen (siehe Text: Ein ziemlich alter Streit). Das führt zu einem Subventionswettbewerb – vor allem zwischen westlichen Staaten. Dies kann man an den Milliarden Euro und Dollar aus den Staatskassen für die neuen Chipfabriken, aber auch für andere Industriezweige ablesen. Die Folge ist eine nicht vertretbare Überförderung. Ein abgestimmtes Verhalten, eine koordinierte geostrategische Herangehensweise des Westens, wäre viel besser.

BZ: Wie könnte solch eine Koordination aussehen?

Feld: Der Handel zwischen den westlichen Staaten sollte nicht behindert werden. Mit dem Freihandelsabkommen TTIP zwischen den USA und der EU hätten wir dafür ein verlässliches Regelwerk. Doch TTIP kommt nicht mehr, die Amerikaner lehnen solch ein Abkommen ab. Man kann allenfalls noch in Teilbereichen Vereinbarungen treffen.

BZ: Woher rührt denn der Widerstand in den USA gegen den Freihandel?

Feld: Die Demokraten und US-Präsident Joe Biden wollen die eigene Wirtschaft vor ausländischer Konkurrenz schützen. Das ist ein Kennzeichen der Demokraten seit vielen Jahren. Dass es bei den Republikanern so starke protektionistische Tendenzen gibt, erleben wir erst seit Trump.

Landmann: Joe Biden hat nicht vergessen, wie Donald Trump 2016 in seinem erfolgreichen Präsidentschaftswahlkampf mit dem Verlust von US-Industrie-arbeitsplätzen durch die chinesische Billigkonkurrenz argumentiert und gepunktet hat. Diesen Effekt gab es tatsächlich. Trotzdem hat die US-Wirtschaft als Ganzes von der Öffnung für Importe aus China profitiert. Vor allem die Verbraucherinnen und Verbraucher konnten dadurch viel Geld sparen. In der Öffentlichkeit blieb aber nur das Bild vernichteter Jobs hängen. Damit will Biden nicht in Verbindung gebracht werden. Stattdessen heißt es jetzt Arbeitsplätze, Arbeitsplätze und noch einmal Arbeitsplätze – insbesondere für die Swing-Staaten im Industriegürtel, in denen der Wahlausgang zwischen Demokraten und Republikanern auf der Kippe steht. Dazu kommen sicherheitspolitische Überlegungen. 90 Prozent der Chips, die in hochmodernen Waffensystemen verbaut sind, wurden bisher aus Taiwan bezogen. Diese riskante Abhängigkeit wollen die USA verringern, bis hin zu einer kompletten Selbstversorgung.

BZ: Wie soll die EU beziehungsweise die Bundesre-



Bei der Diskussion um die Rente fehlt es an Ehrlichkeit, meint Ökonom Oliver Landmann.

publik auf diesen Wandel reagieren?

Landmann: Den Subventionswettbewerb zu verschärfen führt in eine Sackgasse. Vergessen wir nicht, dass die EU ja bereits viel macht. Die staatliche Förderung auf Seiten der EU ist mit den Hilfen, welche die US-Regierung an Unternehmen gewährt, vom Umfang her durchaus vergleichbar. Auf beiden Seiten des Atlantiks stehen dreistellige Milliardenbeträge im Einsatz. Europa muss hier geschlossen auftreten. Nationale Alleingänge, ein nationalstaatliches Klein-Klein, verpuffen da wirkungslos. Vor allem muss die EU ihr Gewicht in die Waagschale werfen, um zu verhindern, dass Produkte und Unternehmen aus den EU-Ländern auf dem US-Markt diskriminiert werden.

Feld: Man darf sich nicht täuschen. Die Europäer haben den Subventionswettbewerb oft selbst begonnen. Die erneuerbaren Energien beziehungsweise jene Unternehmen, die Technik dafür herstellen, wurden in Deutschland viele Jahre über eine üppige Förderung unterstützt. In Deutschland lief das indirekt über die EEG-Umlage und höhere Strompreise, in den USA sieht der Inflation Reduction Act (IRA) direkte Subventionen vor.

BZ: Südbadische Unternehmen wollen angesichts der US-Staatshilfen vermehrt in den USA investieren. Das sagen südbadische Anwaltskanzleien, die

Unternehmen bei Engagements jenseits der deutschen Grenzen beraten. Kommt jetzt der große Exodus der Industrie in die USA?

Feld: Bei Investitionsentscheidungen kommt es immer auf das Gesamtbild an. Da spielen unter anderem die steuerliche Belastung, regulatorische Auflagen, die Bildung und die Verfügbarkeit von Arbeitskräften eine Rolle. Donald Trump hat eine Unternehmensteuerreform gemacht, die Investitionen in den USA begünstigt. Sie wurde von Joe Biden nicht gekippt. Die USA sind auch technologieoffener, geben einer Weiterentwicklung des Verbrennermotors mehr Chancen als die Europäer, weil er in den USA so populär ist. So werden Investitionen in die Herstellung von Verbrennerfahrzeugen in den USA stattfinden, nicht in Europa. Beim Fachkräfteangebot haben allerdings auch die USA Defizite.

Landmann: Die USA haben geringere Energiekosten. Das spielt für den energieintensiveren Teil der deutschen Industrie eine gewichtigere Rolle als die IRA-Hilfen.

BZ: Das ist ein Plädoyer für einen vom Staat subventionierten Industriestrompreis.

Landmann: Nein. Um die Attraktivität des Standorts Bundesrepublik zu verbessern, muss an vielen Baustellen gearbeitet werden. Jetzt aber zu versu-

chen, bestehende Strukturen mit subventioniertem Industriestrom zu zementieren, ist der falsche Weg. Energie wurde ja allein schon durch die Umweltpolitik verteuert. Ziel muss eine langfristig zuverlässige Energieversorgung sein. Das wäre ein klares Signal



Oliver Landmann

FOTO: RITA REISER

Ein ziemlich alter Streit

Soll der Staat einzelne Wirtschaftszweige besonders fördern oder vor Wettbewerb aus dem Ausland schützen? Die Frage ist so alt wie die Wirtschaftswissenschaften selbst. So plädierten zum Beispiel die Merkantilisten für eine Wirtschaftspolitik, deren Ziel es war, möglichst viele Waren aus dem eigenen Land auszuführen und möglichst wenige einzuführen. Gängige Werkzeuge dabei waren zum Beispiel Importverbote für bestimmte ausländische Güter und der Aufbau staatlicher Produktionsunternehmen – den Manufakturen. So entstand zum Beispiel die Meissener Porzellanmanufaktur – finanziert vom sächsischen König. Ihre Blütezeit erlebten die Merkantilisten zwischen dem 16. und 18. Jahrhundert. Freihandelsbefürworter wie der schottische Moralphilosoph Adam Smith (1723 bis 1790) und der englische Ökonom David Ricardo (1772 bis 1823) wiesen dagegen auf die Vorteile eines ungehinderten Warenverkehrs über die Grenzen hinweg hin. Dadurch komme die einheimische Bevölkerung in den Genuss ausländischer Waren, die dort günstiger oder unter einem geringeren Verzicht auf die Produktion anderer Güter hergestellt werden können. Dies

bedeute einen hohen Wohlstandsgewinn. Der deutsche Ökonom Friedrich List (1789 bis 1846) plädierte dagegen für Erziehungszölle. Sie sollten sich entwickelnde Volkswirtschaften vor der Konkurrenz durch hochproduktive, vorangeschrittene Ökonomien schützen. Denn nur unter dem Schutz von Einfuhrzöllen könnten die Nachzügler ihre industrielle Produktion aufbauen, lautete seine Argumentation. Als Beispiel für den Erfolg von Industriepolitik wird gerne die staatliche Förderung des europäischen Flugzeugbauers Airbus angeführt, der sich trotz starken Wettbewerbs durch US-Unternehmen wie Boeing am Markt behaupten konnte. Der ebenfalls mit viel Steuergeld gesponsorte britisch-französische Überschallflieger Concorde war jedoch ein Flop. Ebenso wenig zahlten sich Staatshilfen für den Aufbau einer französischen Computerindustrie aus. Angesichts dieser Erfahrungen galt in der EU lange der Grundsatz, bei der Förderung einzelner Industriezweige zurückhaltend zu bleiben, weil man davon überzeugt war, dass der Staat aufgrund seines unzureichenden Wissens kaum in der Lage ist, Gewinnerbranchen ausfindig zu machen. Das hat sich jetzt geändert. **blkr**

an die Investoren. Ein glaubwürdiges Konzept hierfür sehe ich derzeit jedoch nicht. Man hat den Ausstieg aus der Nuklearindustrie und der fossilen Energiegewinnung beschlossen, ohne dass der Ersatz effektiv organisiert ist.

Feld: Die Bundesrepublik ist und wird kein Land sein, in dem der Strom sehr günstig sein wird – selbst bei einer erfolgreichen Energiewende hin zu den Erneuerbaren. Deshalb ist die Vorstellung, mit einer Art verbilligtem Brückenstrompreis die Zeit hoher Strompreise überbrücken zu können, eine Illusion. Sinnvoll wäre eher eine Senkung der Stromsteuer. Da hätten alle in der Bundesrepublik etwas davon – nicht nur die industriellen Großbetriebe. Diese sind

Oliver Landmann

Der Volkswirt (Jahrgang 1952) hatte von 1987 bis 2020 den Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie an der Freiburger Albert-Ludwigs-Universität inne. Zu den Forschungsschwerpunkten des Wissenschaftlers zählen die Makroökonomie und internationale Währungsfragen. Promoviert und habilitiert hat der Schweizer an der Universität in Basel. Als Postdoc war er an der US-Uni Stanford in Kalifornien. 1986 arbeitete Landmann in der Forschungsabteilung der Schweizer Nationalbank in Zürich.

bremsen, sondern ihn erleichtern“



Foto: NESPIX (STOCK.ADOBE.COM)

► ► ► eh schon begünstigt. Für sie gibt es Ausnahmen bei der Stromsteuer, den Netzentgelten und den Spitzenlastausgleich.

BZ: Brauchen wir höhere Steuern von den Besserdienenden, um die Herausforderungen der Zukunft



Lars Feld

FOTO: RITA REISER

zu meistern?

Landmann: Das ist Populismus. Wie wir die Steuerlast verteilen, ist Verteilungspolitik. Welche Investitionen das Land braucht, ist Wachstumspolitik. Weder der Verteilungs- noch der Wachstumspolitik ist geholfen, wenn wir die beiden Politikfelder miteinander verquicken. Wenn man das eine zur Geißel des anderen macht, schadet man beiden.

Feld: Sehr schön formuliert. Wer für höhere Einkommensteuern plädiert, mindert die Bereitschaft zu investieren, weil Investitionen durch solche Steuererhöhungen weniger rentabel werden. Eine mäßige Besteuerung ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Transformation der deutschen Wirtschaft. Unser Steuersystem verteilt schon gewaltig um, wir holen Menschen aus der Armut. Die Einkommensungleichheit vor Steuern ist in der Bundesrepublik relativ hoch, nach Steuern jedoch deutlich niedriger.

BZ: Für besonders langjährig Beschäftigte besteht die Möglichkeit, abschlagsfrei vorzeitig in Rente zu gehen. Unternehmen klagen, dass dadurch qualifizierte Fachkräfte dem Arbeitsmarkt entzogen würden. Muss die Rente mit 63, die wegen steigender Altersgrenzen inzwischen „Rente ab 64“ heißen sollte, weg (siehe „Kleines Renten-Lexikon“)?

Feld: Ja, wobei man sich bei diesen unsinnigen Maßnahmen nur von der Rente mit 63 verabschieden könnte. Bei der Mütterrente gibt es verfassungs-

rechtliche Beschränkungen, weil es sich bei der Mütterrente um eigentumsähnliche Rechte handelt, die man nicht nachträglich streichen kann. Bei der Rente mit 63 gibt es aber einen schwachen Trost: Sie läuft auf eine Rente mit 65 für langjährig Versicherte hinaus, was eine gewisse Entlastung mit sich bringt.

Landmann: Das ist aber ein kleiner Trost. Es bleibt ja dabei, dass immer weniger Junge einer wachsenden Zahl von Rentnern zwei zusätzliche Rentenjahre finanzieren müssen. Angesichts der demografischen Entwicklung war die Rente mit 63 eine krasse Fehlentscheidung und ein Affront gegenüber der jüngeren Generation. Das Rad zurückdrehen lässt sich kaum mehr, zumal die Jungen mittlerweile in der Minderheit sind und politisch keine starke Stimme besitzen.

BZ: Die Bundesregierung arbeitet gerade an ihrem zweiten Rentenpaket. Damit will sie unter anderem das Rentenniveau dauerhaft bei 48 Prozent stabilisieren. Von einer Obergrenze für den Beitragssatz ist keine Rede mehr. Eine gute Idee?

Landmann: Es ist kein ehrliches Spiel, wenn man nur über eine Stellschraube des gesetzlichen Rentensystems redet, dabei Populäres verspricht, ohne ein Wort über die unausweichlichen Konsequenzen für die anderen Parameter des Rentensystems zu verlieren. Rentenhöhe, Beitragssatz, Steuerzuschüsse und

Lebensarbeitszeit stehen in einem mathematischen Zusammenhang miteinander, den keine Gesetzgebung außer Kraft setzen kann. Sinkt die Zahl der Beitragszahler und soll das Rentenniveau auf einem bestimmten Niveau fixiert werden, muss an anderer Stelle nach oben geschraubt werden.

Feld: Wir werden um Beitragssatzerhöhungen nicht umhinkommen, wenn die Leistungen weiter so steigen. Das verteuert den Faktor Arbeit. Manche Dienstleistungen werden dann möglicherweise nicht mehr angeboten – zum Beispiel spätes Essen im Restaurant.

BZ: Die Ampel will eine neue kapitalgedeckte Säule innerhalb der Rentenversicherung aufbauen. Der Start des Generationenkaps fällt mit 10 Milliarden Euro in diesem Jahr eher bescheiden aus. Doch die Mittel sollen steigen – bis 2035 könnten es in Summe 200 Milliarden Euro werden. Ein Fortschritt?

Feld: Ich finde den Generationenkaps-Ansatz wichtig, aber verbesserungswürdig. Fließen die Erträge aus dem Generationenkaps allgemein in die Rentenkasse, ist der Zugriff seitens der Politik zu leicht möglich. Werden die Erträge jedoch klar den einzelnen Beitragszahlern zugeordnet, wie in Schweden, ist die Gefahr des Missbrauchs kaum vorhanden. Wir werden aber trotzdem nicht darum he-

rumkommen, länger zu arbeiten. Der demografische Wandel beginnt jetzt richtig zuzuschlagen. Zuwanderung und eine höhere Frauenerwerbstätigkeit können dessen Folgen nicht ausgleichen.

BZ: Muss das gesetzliche Renteneintrittsalter angehoben werden oder soll es zusätzliche finanzielle Anreize geben, länger zu arbeiten?

Feld: Man sollte das Renteneintrittsalter mit der ferneren Lebenserwartung verknüpfen. Darunter versteht man die erwartete Lebenszeit, die man noch hat, wenn man Mitte 50 ist. Steigt sie um drei Jahre an, sollten zwei Jahre davon zusätzlich gearbeitet werden. Das praktizieren andere Länder schon so. Steigt die fernere Lebenserwartung nicht, braucht es keine längere Lebensarbeitszeit.

Landmann: Es gibt sicher Tätigkeiten, die einen hohen körperlichen Verschleiß mit sich bringen und zu einem früheren Renteneintritt zwingen. Wo das der Fall ist, muss die Altersvorsorge verstärkt werden, um einen früheren Renteneintritt zu ermöglichen. Dies erhöht natürlich die Kosten, wäre aber ein korrektes Preissignal. Wer solche Tätigkeiten in Anspruch nimmt, zum Beispiel als Bauherr, muss die wahren Kosten tragen.

BZ: Abschließende Frage: Droht der Bundesrepublik der Niedergang? Diese Befürchtung wird derzeit oft geäußert.

Landmann: Der deutschen Industrie weht gegenwärtig der Wind ins Gesicht, ja. Aber Niedergang? Nein. Es war schon immer so, dass der strukturelle Wandel, als stete Begleiterscheinung der wirtschaftlichen Entwicklung, manchmal durch widrige Umstände beschleunigt wird. Die Politik sollte diesen Wandel nicht bremsen, sondern ihn erleichtern, indem sie Investitionen in Deutschland attraktiver macht, es aber dem Markt überlässt, zu entdecken, wo die besten Wachstumschancen liegen.

Feld: Die Bundesrepublik ist nicht der kranke Mann Europas. Wir haben aber Standortnachteile, die wir beheben können. Die Substanz ist nicht so schlecht. Niedergang ist das aber nicht.

Kleines Renten-Lexikon

Generationenkaps

Die Ampelkoalition will zusätzlich zur beitragsfinanzierten Säule der Rentenkasse eine kapitalgedeckte Säule aufbauen. Dafür will der Staat über die Jahre ein Stiftungsvermögen von bis zu 200 Milliarden Euro schaffen. Die ersten 10 Milliarden Euro in diesem Jahr werden über Kredite finanziert. Das Geld wird an den Aktienmärkten angelegt. Die Erträge sollen helfen, die steigende Zahl an Rentnern trotz der sinkenden Zahl an Beitragszahlern zu finanzieren. Ab 2035 könnten so jährlich 10 Milliarden Euro an die Rentenkasse fließen, so die Hoffnung. Die FDP wollte ursprünglich eine Aktienrente wie in Schweden. Dort fließt ein Teil der Versichertenbeiträge automatisch in einen Fonds, die Erträge fließen in die Renten.

Rente mit 63

Langjährig Versicherte dürfen früher in Rente gehen. Wer mindestens 35 Beitragsjahre vorweisen kann, muss dafür aber Abschläge in Kauf nehmen. Wer 45 Jahre oder länger eingezahlt hat, kann ohne Abschläge in Frührente. Weil das gesetzliche Renteneintrittsalter schrittweise von 65 auf 67 steigt, müsste es inzwischen

eigentlich „Rente mit 64“ heißen: Nur wer vor 1953 geboren wurde, konnte tatsächlich mit 63 abschlagsfrei in Rente. Heute liegt die Grenze bei 64 Jahren und 4 Monaten. Alle Jahrgänge ab 1964 sind frühestens mit 65 Jahren dran.

Mütterrente

Wer Kinder erzoget hat, die vor 1992 geboren wurden, bekam bis 2014 ein Jahr pro Kind für seine Rente angerechnet. Seit Einführung der Mütterrente 2014 waren es zwei Jahre. 2020 machte die damalige Koalition aus Union und SPD 30 Monate daraus. Die Ausweitung kostet die Beitragszahler knapp 3,8 Milliarden Euro im Jahr. Anspruch haben Mütter und Väter.

Rentenniveau

Diese – politisch heiß diskutierte – Rechengröße zeigt an, wie viel Rente jemand erwarten kann, der 45 Jahre lang so viel verdient hat wie der Durchschnitt aller Arbeitnehmer. Aktuell liegt das Rentenniveau bei 48,21 Prozent. Diesen Wert auf seinen persönlichen Verdienst anzuwenden, bringt nichts. Wie viel Rente man selbst erhält, hängt von den eingezahlten Beiträgen ab. **bas**

Lars P. Feld

Der Professor für Wirtschaftspolitik (Jahrgang 1966) an der Universität Freiburg leitet seit 2010 das Walter Eucken Institut. Im Jahr 2011 wurde der Finanzwissenschaftler Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung – den Wirtschaftsweisen. Von März 2020 bis Februar 2021 war Feld Chef des wohl einflussreichsten Ökonomenzirkels in der Bundesrepublik. Seit Februar 2022 ist er Berater von FDP-Bundesfinanzminister Lindner.